



Landtags-Infoblatt

KPÖ-Erfolg: Eine Verbesserung bei der Wohnunterstützung für Eltern wurde erreicht

Verbesserungen bei Wohnunterstützung

2016 wurde die Wohnbeihilfe in der Steiermark von der sogenannten „Wohnunterstützung“ abgelöst, die für fast alle Wohnbeihilfenbezieher Verschlechterungen brachte.

Damit Betroffene nicht ohne ein Dach über dem Kopf dastehen, machte die KPÖ von Anfang an Druck gegen das neue Gesetz. Unter anderem initiierte sie eine Demonstration, bei der rund tausend Menschen in Graz auf die Straße gingen. Anfang 2017 erfolgte erste kleine Korrekturen.

Doch Familien mit geringem Einkommen, besonders Alleinerzieherinnen, blieben wesentlich schlechter gestellt als bei der Wohnbeihilfe. Denn Soziallandesrätin Doris Kampus (SPÖ) führte die Regelung ein, dass die Familienbeihilfe zum Einkommen gerechnet wird. Da die Höhe der Unterstützung vom Einkommen abhängt, waren vor allem alleinerziehende Mütter mit starken Einbußen konfrontiert. Mit 1.1.2018 wurden die Einkommensgrenzen angehoben. Das



Erfolgreiche Aktionen der KPÖ gegen die Kürzungen bei der Wohnbeihilfe.

sorgt dafür, dass kleine Pensionserhöhungen nicht gleichzeitig zu einer Verringerung der Wohnunterstützung führen. Für Familien mit Kindern gelten nun Freibeträge, die nicht zu einer Verringerung der Beihilfe führen.

Erfolgreicher Protest

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler hat Landesrätin Kampus schon 2016 tausende Unterschriften für die Rücknahme der familienfeindlichen Regelung

Gesetzesreparatur

Seit 1.1.2018 werden bei der Wohnunterstützung für Kinder Freibeträge vom Einkommen abgezogen. Für das erste minderjährige Kind 130 Euro, für das zweite 175 und für jedes weitere minderjährige Kind 220 Euro.

übergeben. Die KPÖ-Abgeordnete ist erfreut, dass die Landespolitik endlich eingelenkt hat: „Die Neuregelung der Wohnunterstützung zeigt, dass die Kritik der KPÖ von Anfang an richtig war. So lange es kein ausreichendes Angebot an erschwinglichen Wohnungen gibt, ist diese Beihilfe für viele die einzige Möglichkeit, sich ein Dach über dem Kopf leisten zu können. Der Widerstand gegen dieses Gesetz war notwendig und richtig. Sonst wäre nämlich gar nichts geschehen.“

Wir fordern:

Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe!

Keine Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen!

KPÖ

Die Forderungen der Unterschriftenaktion.

Familienbeihilfe ist für die Kinder da

„Die Familienbeihilfe wurde geschaffen, um Kinderarmut zu verhindern. Deshalb sind wir nicht

Fortsetzung von Seite 1

müde geworden und haben in den vergangenen Monaten immer wieder auf diesen Missetand hingewiesen und eine Reparatur der Bestimmungen gefordert. Auch wenn nicht immer alle Ziele erreicht werden können, macht es Sinn, sich gegen soziale Verschlechterungen und Ungerechtigkeiten zu wehren. Am Beispiel Wohnunterstützung sieht man: Widerstand wirkt!“, so die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr: „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!“

Wohnungsnot steigt, Unterstützung sinkt

Trotz alljährlich überdurchschnittlich steigender Wohnkosten beziehen nur noch 23.000 steirische Haushalte Wohnunterstützung. Das sind um 8.000 Haushalte weniger als vor der Einführung der Wohnunterstützung anstelle der Wohnbeihilfe im Sommer 2016. Landesrätin Kampus hatte der KPÖ wiederholt „Panikmache“, „Populismus“ und „Unredlichkeit“



Herbst 2016: Demonstration in Graz mit über tausend Protestierenden.

vorgeworfen. Die Zahlen zeigen aber – ebenso wie die wiederholten Änderungen des Gesetzes, dass hier eine verschlechternde Neuregelung beschlossen worden war.

Kürzung bei Mindestsicherung Land Steiermark streicht Obdachlosen Hilfeleistung

Der steirische Landtag hat am 16. Jänner eine Änderung der Mindestsicherung beschlossen. Der gravierendste Eingriff betrifft Obdachlose: Sie haben nach Ansicht von Soziallandesrätin Doris Kampus (SPÖ) keinen Wohnbedarf. Deshalb wird ihnen die Unterstützung um 25 % gekürzt. Die KPÖ protestierte dagegen. Bisher konnten Wohnungslose diesen Teil ihrer Mindestsicherung ansparen, um möglichst bald wieder eine Wohnung zu finden und für diese auch die Kautions bezahlen zu können. Dieser Anteil – 25 % der Mindestsicherung – wird nun ersatzlos gestrichen.

Seit 2011 gibt es laufend Kürzungen bei der Mindestsicherung. Zuletzt wurden in der Steiermark die Mindeststandards für Kinder reduziert. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler forderte Landesrätin Kampus (SPÖ) auf, auf diese Einsparung auf Kosten der Ärmsten zu überdenken: „Wohnungslose brauchen Unterstützung, wieder ein Dach über dem Kopf zu finden, das sie bezahlen können. Das Land spart sich einen sehr geringen Betrag, aber die Betroffenen verlieren die Perspektive, eine eigene Wohnung zu finden. So werden viele langfristig auf Not schlafstellen angewiesen bleiben.“



LAbg. Claudia Klimt Weithaler übergab Landesrätin Kampus tausende Unterschriften gegen Schlechterstellung durch die Wohnunterstützung.

Energiebonus für steirische Haushalte!

Die Energie Steiermark konnte den operativen Gewinn 2016 auf 117,4 Mio. Euro steigern. 55 Millionen Euro wurden an die beiden Eigentümer, das Land Steiermark und den australischen Investor Macquarie, ausgeschüttet. Ein Großteil dieser Gewinne wird über die hohen Strompreise von den steirischen Haushalten eingekassiert während Großabnehmer den Strom geschenkt oder fast geschenkt erhalten. Deshalb fordert die KPÖ, den steirischen Haushalten angesichts des gutes Er-

gebnisses einen Energiebonus zu gewähren. KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Es ist höchste Zeit, die steirischen Haushalte unmittelbar von den Dividenden der Energie Steiermark etwas haben. 2008 hat es einen Gasbonus für Haushaltskunden gegeben. Nach diesem Vorbild sollte ein neuerlicher Energiebonus umgesetzt werden.“ Im zuständigen Landtagsausschuss stimmte nur die FPÖ gegen diese Forderung.



KPÖ Landtagsabgeordneter Werner Murgg fordert einen Energiebonus für steirische Haushalte.

 Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsart: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: Itk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

KPÖ-Anfrage: Absage an Olympia-Finanzierung durch Land

Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): „Spiele sind nach wenigen Tagen vorbei, Schuldenberg würde aber beiben.“

Die steirischen Städte Graz und Schladming planen eine Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2026. Das würde zweifellos sehr viel Geld kosten.

Das Bewerbungsverfahren wird bereits im März gestartet, während es noch keinerlei Abschätzung der Kosten und Risiken gibt. Die KPÖ hat in der Sitzung des steirischen Landtags am 6. Februar 2018 deshalb eine Dringliche Anfrage an die Landesregierung gerichtet.

Die KPÖ lehnt die Verwendung von öffentlichem Geld für Olympische Spiele bzw. ein Bewerbungsverfahren ab, wenn es dafür nicht den eindeutigen Auftrag der Bevölkerung durch eine Volksbefragung gibt. Das wurde von einer Mehrheit aus SPÖ, ÖVP und FPÖ heute abgelehnt. Allerdings sei auch keine finanzielle Beteiligung des Landes möglich, wie der er-

krankte Landesrat Lang unmissverständlich ausrichten ließ.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler wies in ihrer Wortmeldung darauf hin, dass „Olympia ohne Gigantomanie“, wie es der Grazer Bürgermeister Nagl nennt, völlig unrealistisch ist. Selbst wenn man Sotschi 2014 (Kosten: mindestens 40 Milliarden Euro) außer Acht lässt: Vancouver 2010 hat 4,5 Milliarden Euro gekostet, Turin 2006 3,6 Milliarden Euro, Nagano 1998 sogar 10,5 Milliarden Euro.

Die schon jetzt nicht gering verschuldete Stadt Graz müsste nicht nur ein olympisches Dorf, sondern auch mehrere Sportstätten errichten. Es besteht kein Zweifel, dass die Stadt das nicht aus eigener Kraft und auch nicht mit den Mitteln des IOC schaffen wird. Ohne Mitfinanzierung durch Bund und Land sind Winterspiele in Graz und Schladming völlig unrealistisch.

Claudia Klimt-Weithaler: „Einige agieren nach dem Motto: Sofort bewerben, später nachrechnen. So, als würde Geld keine Rolle

spielen. Die Bevölkerung sieht das vernünftiger und realistischer als Politiker, die sich mit Olympischen Spielen ein Denkmal setzen wollen. Die Veranstaltung ist nach wenigen Tagen vorbei, der Schuldenberg wird uns aber Jahrzehnte erhalten bleiben.“

Olympische Spiele haben in der Vergangenheit immer dazu geführt, dass an den Veranstaltungsorten Mieten und Grundstückspreise stark gestiegen sind. Durchschnittlich sind die Lebenshaltungskosten um 8,6 Prozent gestiegen. In Schladming erhöhten sich die Grundstückspreise seit der WM 2013 um 30 Prozent. „Krankenhäuser, Pflege, Schulen, öffentlicher Verkehr: Das Land Steiermark und die Stadt Graz haben genug Probleme. Die Menschen haben die Politikerinnen und Politiker gewählt, um Probleme zu lösen, und nicht, um neue zu erfinden. Deshalb darf es ohne Volksbefragung keine Olympischen Spielen geben“, betonte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

Sport- und Finanzlandesrat Anton



KO Claudia Klimt-Weithaler

Lang (SPÖ) wurde von Landesrätin Ursula Lackner vertreten, die für ihn die Antworten vortrug. Lang räumt darin ein, dass es eine kostenneutrale Bewerbung und Durchführung von Olympischen Spielen nicht gibt. „Ich sehe derzeit nicht den geringsten Spielraum im Landesbudget für eine Beteiligung an den Kosten für Olympische Spiele“, so Lang. Dies habe er auch den Bürgermeistern von Schladming und Graz mitgeteilt.

Mieten und Grundstückspreise steigen rasant. In vielen Olympiastädten bis zu 30 Prozent.

Laut einer Studie der Universität Oxford kosten Olympische Spiele im Durchschnitt um 179 Prozent mehr als geplant.

Olympiakosten ziehen Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich nach sich.



Die Mieten für Olympia-Sportstätten werden für Sportvereine zu teuer. In anderen Städten verkommen diese Neubauten zu ungenutzten Sportruinen.

Im Durchschnitt steigen die Lebenshaltungskosten um 8,6 Prozent. Die erhöhten Olympia-Preise für Bier, Schnitzel & Co bleiben auch danach.

Olympia in Graz?

Die Bürgermeister von Graz und Schladming wollen sich für die Winterolympiade 2026 bewerben. KPÖ für Volksbefragung.



VOLKSBEFRAGUNG JETZT!

Die finanzielle Situation in Graz ist angespannt. Dennoch wollen Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Maria Eustacchio, dass Graz sich als „Host City“ für die Olympischen Winterspiele bewirbt. Das wird mit hohen Kosten verbunden sein. Sie betonen zwar immer wieder, dass es „sparsame“ Spiele würden und es „keine Gigantomanie“ gäbe, aber es ist logisch: Wenn die Bewerbung ernsthafte Chancen haben soll, wird das viel Geld kosten. Manche Städte hat es sogar in den Ruin getrieben.

Das Geld, das für die Bewerbung und etwaige Austragung ausgegeben wird, wird in vielen anderen Bereichen schmerzhaft fehlen. Die Auswirkungen werden die Grazer und Grazerinnen treffen: In anderen Städten, die Olympia-Austragungsorte waren, haben sich die Mieten massiv verteuert. Auch die Preise in der Gastronomie sind gestiegen. Es drohen nicht nur höhere Gebühren und Tarife, sondern auch Kürzungen im Sozial-, Bildungs-, Kultur- und Gesundheitssystem.

NUR für Personen ab 16, die ihren Hauptwohnsitz in Graz haben!

Antrag an den Gemeinderat der Stadt Graz auf Durchführung einer Volksbefragung gemäß §155 Steiermärkisches Volksrechtsgesetz

Soll sich die Stadt Graz weiter dafür einsetzen, „Host City“ (Gastgeberstadt) und Austragungsort der Olympischen Winterspiele 2026 zu werden?

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich den Antrag auf Durchführung einer Volksbefragung gem. § 155 Steiermärkisches Volksrechtsgesetz.

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse	Unterschrift

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse	Unterschrift

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse	Unterschrift

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse	Unterschrift

NUR für Personen ab 16, die ihren Hauptwohnsitz in Graz haben!

Zustellungsbevollmächtigter: Manfred Eber, Lagergasse 98a, 8020 Graz

Listen können Sie bei der KPÖ-Bezirksleitung, im Volkshaus in Lagergasse 98a, 8020 Graz oder im KPÖ-Gemeinderatsklub im Rathaus-Hofgebäude, Zimmer 116 abgeben! Danke für Ihre Unterstützung!

Tel. 0316 872-2151 oder 0316 712479 | www.kpoe-graz.at | facebook.com/KPGraz | twitter.com/KPGraz